



Diskussionsveranstaltung

"Gesundheit nachhaltig gestalten"

Statement von:

Annelie Buntenbach

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

"Gesundheitspolitische Reformansätze des DGB"

Mittwoch, 28. Juni 2006

im Hotel Aquino, Tagungszentrum, Katholische Akademie,
Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

"Gesundheitspolitische Reformansätze des DGB"

Anrede,

die Große Koalition hat sich offensichtlich auf einen Gesundheitsfonds versteift.

Dass dieser Fonds kommen soll, scheint klar.

Nur wie er aussehen und was er konkret für die Versicherten und Patienten bedeuten wird, ist völlig unklar.

Das gilt auch für die Frage, warum wir einen neuen Gesundheitsfonds überhaupt brauchen.

Der DGB fordert eine Gesundheitsreform, die Schluss macht mit immer höheren Belastungen für Versicherte und Patienten – ja vor allem für Kranke.

Denn was ist das wesentliche Ergebnis der letzten – angeblich großen – Gesundheitsreform.

Das bedeutet, wir beginnen nicht bei Null.

Denken wir nur an die Praxisgebühr, die erhöhten Zuzahlungen oder den Sonderbeitrag für die Mitglieder der GKV.

Die Schmerzgrenze für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist längst erreicht.

Dennoch – oder besser deshalb – brauchen wir eine langfristig tragfähige Gesundheitsreform.

Tragfähig in den Strukturreformen – und tragfähig in der Finanzierung.

Und zwar in einer solidarischen Finanzierung.

Eine weitere – v. a. einseitige – Belastung der Versicherten und Patienten durch das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, die Einführung von Kopfpauschalen und weiteren Privatisierungsschritten ist inakzeptabel.

Außerdem muss die Benachteiligung von Versicherten der GKV gegenüber Privatpatienten beendet werden.

Anrede

das Grundproblem ist – neben erheblichen Unwirtschaftlichkeiten im System – die schwindende Finanzierungsbasis.

Das gilt vor allem für den seit Jahren dramatischen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Ein Rückgang, der auch durch die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre noch verstärkt wurde.

Nicht zuletzt deshalb ist die Bundesregierung in der Verantwortung, die Finanzierung von Gesundheit auf eine breitere und gerechtere Grundlage zu stellen.

Das gilt ebenso für die Verschiebepbahnhöfe und gesellschaftlichen Aufgaben, mit denen die GKV belastet wird.

Da ist es nicht besonders glaubwürdig, wenn die Koalition über eine stärkere Steuerfinanzierung debattiert, während sie der GKV im gleichen Moment Steuergelder in Höhe von mehr als vier Mrd. Euro entzieht – und den Druck auf die Krankenkassen beinahe mutwillig erhöht.

Ein Druck, der durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer nochmals steigt.

Anrede,

wir wollen die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems kurz- und langfristig erhalten.

Mit Strukturreformen muss die Qualität der Versorgung verbessert sowie die Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen erhöht werden.

Und mit einer Finanzreform, die alle in die Verantwortung nimmt – die Arbeitgeber und nicht zuletzt die PKV.

Denn während die GKV vor allem die Klein- und Durchschnittsverdiener sowie hohe Krankheitsrisiken versichert, angelt sich die PKV junge, gesunde Besserverdiener. So entzieht die PKV den gesetzlichen Krankenkassen jährlich Beiträge in Höhe von bis zu 35 Milliarden Euro.

Eine Gesundheitsreform ist deshalb nur akzeptabel, wenn die PKV in den Finanzausgleich der GKV einbezogen wird.

Ein solcher Finanzausgleich muss die sehr unterschiedlichen Risikostrukturen und die tatsächlichen Ausgaben der Krankenkassen berücksichtigen.

Anrede,

die PKV ist auch keineswegs besser als die GKV.

Während die Beitragssätze der GKV in den letzten neun Jahren durchschnittlich um etwa 1,4 Prozent gestiegen sind, liegen die Prämiensteigerungen der PKV von 1996 bis 2005 bei knapp 45 Prozent.

Dabei zahlt die GKV von den Beiträgen ihrer Mitglieder auch noch gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie die Beiträge für Arbeitslosengeld II-Empfänger.

Die Privatisierung von Gesundheitsleistungen kann nicht die Zukunft in Deutschland sein.

Wir wollen die Rosinenpickerei um die besten Risiken beenden – und dafür brauchen wir eine neue Wettbewerbsordnung.

Anrede,

die bisherigen Pläne zum Gesundheitsfonds lassen noch nicht erkennen, wie ein solcher „fairer“ Wettbewerb, das heißt, ein Wettbewerb unter gleichen Bedingungen aussehen soll.

Was deutlicher geworden ist, ist die neue Organisationsstruktur.

Nach dem Gesundheitsfonds soll die Festsetzung eines allgemeinen Beitrages gesetzlich erfolgen.

Damit wäre der Beitragssatz nicht mehr das Ergebnis von Kosten- und Leistungsmanagement der einzelnen Kasse.

Doch wodurch wird ein effizientes Kosten-Management bisher überhaupt begrenzt? Hauptsächlich dadurch, dass die Leistungserbringer bisher keinem Wettbewerb unterliegen.

Die gesetzlichen Kassen und ihre Verbände brauchen deshalb größere Spielräume für die Vertragsgestaltung.

Gleichzeitig muss der Gesetzgeber endlich den Mut haben, auch gegen den Druck der Lobbygruppen die Anbieter stärker in die Pflicht zu nehmen.

Doch davon ist im Augenblick noch nicht viel sichtbar.

Anrede,

Grundlage für die Bemessung der Zuweisungen aus dem Fonds an die einzelne Kasse sollen die Normkosten aller Versicherten sein.

Zusätzlich soll es noch einen Morbiditätszuschlag geben.

Der Risikostrukturausgleich – als Voraussetzung für die Zuweisungen aus dem Fonds an die einzelnen Kassen – soll nebenbei „mitreformiert“ werden.

Wie ein solcher RSA aussehen soll, ist noch offen.

Das Ergebnis darf nicht, dass uns ein RSA präsentiert wird, bei dem „Vereinfachung“ draufsteht, aber Risikoselektion drin ist.

Betroffen davon wären vor allem die Versicherten der großen Versorgerkassen.

Kostensteigerungen jeder Art müssten dann die Versicherten über eine zusätzliche Prämie tragen.

Viele werden die Kasse wechseln – und je nach Art der Einbeziehung oder Nicht-Einbeziehung der Privaten Krankenversicherung wird ein Sog zu diesen Unternehmen einsetzen.

Anrede

sollten die bisherigen Informationen stimmen, dass die Wechsellmöglichkeiten zwischen den Kassen erleichtert werden sollen – eventuell mit einer Mindestgröße von 1 Mio. Mitgliedern –,

so böte sich folgendes Bild:

Neben den langfristig zu erwartenden Synergieeffekten besteht die Gefahr, dass zahlreiche Kassen sich über erhebliche Zeit mit sich selbst beschäftigen.

Je unterschiedlicher die fusionierenden Kassen sind, desto eher müssen sie Fusions-Management statt Kosten- und Leistungs-Management betreiben.

Ganz nebenbei:

Die Größe allein ist keine Qualitätsgarantie, von Kosten und Innovationskraft gar nicht zu reden.

Anrede,

der Gesundheitsfonds hat nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die Kassen.

Unsere Kernkritik ist, dass mit dem Gesundheitsfonds zukünftige

Ausgabensteigerungen einseitig auf die Versicherten abgewälzt werden.

Die Arbeitgeberbeiträge sollen dagegen nicht – und zwar nie wieder – erhöht werden.

Selbst die diskutierte Dynamisierungsformel für die Beitragssätze ist nichts anderes als eine Mogelpackung.

Danach soll der Beitragssatz nur dann angehoben werden, wenn die Ausgaben die Einnahmen des Fonds um einen bestimmten Prozentsatz übersteigen.

Doch erstens

werden die Krankenkassen gezwungen sein, Ausgabensteigerungen über Kopfpauschalen aufzufangen.

Und zweitens

liegt in der gesetzlichen Festlegung der Anpassungsformel die große Gefahr, dass sie aus politischen Gründen beliebig heraufgesetzt werden kann – im Gegensatz zur heutigen Beitragsgestaltung durch die Krankenkassen und ihre soziale Selbstverwaltung.

Eine solche Reform ist keine Reform im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Anrede,

auch die Ausweitung der Finanzierungsgrundlagen greift viel zu kurz.

Völlig unklar ist, wie die PKV an der Finanzierung angemessen beteiligt werden soll.

Klar ist allerdings, dass wir uns mit Almosen nicht zufrieden geben werden.

Anrede

auch bei der diskutierten Steuerkomponente ist noch vieles offen.

Wir halten es zwar für richtig, wenn gesamtgesellschaftliche Aufgaben stärker über Steuern finanziert werden sollten.

Das ist eine alte gewerkschaftliche Forderung.

Doch dies darf nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die GKV führen.

Das gilt im Besonderen für die Steuerfinanzierung der Gesundheit von Kindern.

Außerdem können Steuerzuschüsse schnell wieder zur Disposition gestellt werden.

Das Beispiel der Tabaksteuer ist da sehr lehrreich.

Sollte es der Großen Koalition mit der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben über Steuern tatsächlich ernst sein, müssen sie zunächst das selbstverschuldete Finanzloch für 2007 füllen.

Anrede

die Art und Weise, wie die Steuerfinanzierung erfolgen könnte, muss ebenfalls geklärt werden.

Denn mit einem direkten Steuerzuschuss wachsen natürlich die legitimen Ansprüche des Staates, mitzubestimmen.

Allerdings könnte man über einen Steuerzuschuss für gesamtgesellschaftliche Aufgaben an einen morbiditätsorientiert weiterentwickelten RSA nachdenken.

Damit könnten die Beiträge der Versicherten gesenkt werden.

Eine direkte Einflussnahme des Staates auf die Finanzen der GKV sollte – nicht nur angesichts der Erfahrungen mit der Tabaksteuer – vermieden werden.

Das sehen wir auch an der Verschiebung der Kosten der Arbeitsmarktpolitik auf die GKV – immerhin etwa 7,7 Mrd. Euro.

Anrede

gänzlich unberücksichtigt bleibt bislang die Einbeziehung anderer Einkunftsarten zur Ausweitung der Finanzierungsbasis.

Stattdessen ist zu befürchten, dass die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Steuern zusätzlich belastet werden.

Anrede,

für eine sozial gerechte Ausweitung und Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der GKV braucht es keinen Gesundheitsfonds.

Sinnvoll und dringend nötig ist ein Ausgleich zwischen GKV und PKV – aber dafür brauchen wir keine neue „Bundesagentur für Gesundheit“.

Wir sehen vielmehr die große Gefahr, dass die solidarische Finanzierung durch einen solchen Fonds am Ende ist – und die Privatisierung im Gesundheitswesen auf diesem Wege forciert werden soll.

CSU-Landesgruppenchef Ramsauer sprach gestern nicht zufällig von einer „Riesterisierung“ von Ausgaben.

Das heißt im Klartext Privatisierung.

Einen solchen Weg lehnt der DGB kategorisch ab.

Vielen Dank.